

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Zentralblatt für den Oberamtsbezirk Nagold u. Albstadt-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Erscheint wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,80 Mark. Die Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamenzeile 45 Goldpfennige. Die Anzeigen der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Wiederholung. Postfachkonto Stuttgart Nr. 5790. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 60

Altenberg Samstag, den 13. März

1926

Zur Lage.

Eine Woche Völkerbundstagung liegt hinter uns und ein Ergebnis der zahlreichen Besprechungen und Verhandlungen über die Verteilung der Ratsitze liegt, zur Stunde wenigstens, nicht vor! Es besteht allerdings die Hoffnung, daß zum Wochenschluß noch irgend ein Kompromiß in Genf erzielt wird. Der Auftakt hat sich also nicht programmäßig vollzogen, und es will zunächst nicht viel bedeuten, wenn die Aufnahmekommission des Völkerbundes die Aufnahme Deutschlands einstimmig nach der formalen Seite hin gebilligt und gutgeheißen hat. Die inneren Schwierigkeiten im Völkerbund sind groß und lassen die Befürchtung entstehen, daß auch ... einem Kompromiß über die Ratsitze die Gegenkräfte künftig stärker hervortreten denn jeher.

Die Ursachen der Verzögerung in Genf und für die Völkerbundskrise liegen zunächst einmal in dem überraschenden Kabinettssturz in Frankreich, dann aber vor allem in der Gebundenheit der Großmächte. Frankreich ist noch nicht abgewichen von seiner Zulage, den Polen sofort einen Ratsitz zu verschaffen, England unterläßt gleichzeitig den spanischen Anspruch und Brasilien erhebt als Vertreter der südamerikanischen Staaten mit ebensoviel Recht die Forderung auf einen künftigen Ratsitz. Die Forderungen Spaniens und Brasiliens haben sich in dieser Woche sogar verschärft und zu Drohungen der Art geführt, daß diese Länder gegen die Zuteilung eines Ratsitzes an Deutschland Einspruch erheben werden. Als weiterer Störenfried in Genf steht dann noch Mussolini im Hintergrund, der es darauf abgesehen hat, Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten. So unerfreulich diese Dinge sind, sie berühren die deutschen Vertreter Dr. Luther und Dr. Strojemann zunächst nur indirekt, denn Deutschland ist noch nicht Mitglied des Bundes. Es ist eine Sache des Völkerbundes selbst, die Streitigkeiten aus der Welt zu schaffen und es bleibt Ehrenpflicht der Mächte des Locarnopactes, das Deutschland gegebene Versprechen zu erfüllen. Die deutsche Vertretung hat von Berlin aus die Ratsroute erhalten, daß sie der gleichzeitigen Aufnahme von Mittelstaaten in den Völkerbund ihre Zustimmung nicht geben kann, sondern lieber auf das ganze Unternehmen verzichtet. Es ist ja nicht so, daß wir, wenn die ändern nicht wollen, mit gleichen Füßen plötzlich in den Bund hineinmüssen.

Der Widerstand gegen jede Aenderung der Organisation des Völkerbundes geht von Schweden aus. Dabei will Schweden nicht feurige Kohlen für Deutschland sammeln und andere ausschalten, sondern aus grundsätzlichen Bedenken hält es bisher seinen Einspruch gegen jede Erweiterung des Rates, ausgenommen Deutschland, aufrecht. Andererseits betonen die fordernden Mächte, daß sie schon 1922 und 1923 ihre Ansprüche gestellt haben. Die Völkerbundstagung schreibt aber für jede Erweiterung des Rates Einstimmigkeit vor. Daher die großen Schwierigkeiten. Aus diesem Grunde ist auch der Gedanke einer Aenderung der Satzung bereits erwogen worden. Es wird in der Tat immer schwerer sein, die mit Deutschlands Zutritt auf die Zahl 56 angewachsenen Vertreter der Mächte der Welt unter einen Hut zu bringen.

Der Gang der Verhandlungen in Genf in dieser Woche kann mit einer Springprozedur verglichen werden. Zwei Schritte vorwärts, einen Schritt rückwärts! Bald will Brasilien ein Veto gegen Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund einlegen, bald China seinen Anspruch zurückziehen. Polen, das mit zwei Schritten in den Völkerbund selbst hineinspringen wollte, wird vielleicht einen Schritt zurückweichen und sich mit einem nichtständigen Ratsitz begnügen. Daß diese diplomatische Springprozedur das Ansehen des Völkerbundes gerade erhöht, wird niemand behaupten können. Deutschland ist in Genf bereit, die „europäische Sprache“ zu sprechen, die Herr Briand seit den Tagen von Locarno, wo man sie verstanden hat, wieder ins Leben rufen will. Aber auch nach seiner Rückkehr aus Paris ist es ihm wenigstens am ersten Tage nicht gelungen, die Brücke zwischen den einzelnen Bundesmitgliedern zu finden. Ob er in diesen Stunden schon das Rätsel der Diplomaten in Genf gemeißelt hat, wird der Draht uns melden. Und es wird dann keinerlei Ueberraschung geben, daß man sich verlobt hat und Deutschland allem willkommen heißt. Wenn es wahr ist, daß eine stillschweigende Verständigung der Völkerbundsmitglieder darüber bestand, den Rat zu erweitern, sobald der deutsche Eintritt spruchreif sein würde, so erklärt das immer noch nicht, warum Polen, Spanien, Brasilien und China nacheinander sich meldeten, als die Diplomaten ihre Koffer für Genf packten. Aus den internationalen Genfer Besprechungen erkennt man auch nicht, daß man Deutschland „Genugtuung“ geben will, viel eher, daß man es wieder einmal übers Ohr zu hauen beabsichtigt. Wir wollen hoffen, daß die deutschen Vertreter trotz allem „Durch“ gehen, daß sie in Genf auf sie losgelassen wird, hart bleiben und jede Erweiterung der Ratsitze über Deutschland hinaus ablehnen. Auch der geplante nichtständige Ratsitz an Polen ist auf dieser Tagung für Deutschland

untragbar. Ein Witz dabei ist, daß es sich nicht um deutsch-französische Auseinandersetzung handelt, sondern daß es um eine Krise im Völkerbund selbst geht.

Die Londoner Verhandlungen über das internationale Arbeitszeitabkommen beginnen am Montag. Die Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Italiens bezweckt eine einheitliche Stellungnahme dieser Länder zum Washingtoner Arbeitszeitabkommen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns empfing vor seiner Abreise die Vertreter der deutschen Gewerkschaften und nahm deren Wünsche für die Arbeitszeitregelung entgegen. Er konnte jedoch bei dieser Gelegenheit nicht die großen Schwierigkeiten verschweigen, die einer internationalen Durchführung des Abkommens entgegenstehen. Der Reichsarbeitsminister trägt der deutschen Wirtschaft gegenüber eine ungeheure Verantwortung und sollte sich stets dessen bewußt sein, daß mit einer vorzeitigen internationalen Bindung Deutschlands in der Arbeitszeitfrage der deutschen Wirtschaft Fesseln angelegt werden, von denen sie so leicht nicht befreit werden kann, und die uns schwere Nachteile denjenigen Ländern gegenüber bringen kann, die zwar auch grundsätzlich den Achtstundentag anerkannt haben, jedoch durch eine anderweitige Regelung der Arbeitszeitverhältnisse sich nicht so genau an den Wortlaut des Washingtoner Abkommens halten. Der Reichsarbeitsminister hat verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die Arbeitszeitgesetze der in Frage kommenden Länder sehr weit voneinander abweichen, was besonders für die Sonntagsarbeit, die Saisonbetriebe und die Frauen- und Kinderarbeit gilt. Die Gesetzgebung der einzelnen Länder hat die verschiedensten Mittel, auf dem Umwege über gewerbepolitische und arbeitsrechtliche Bestimmungen die achtstündige Arbeitswoche zu durchbrechen. Diese Gefahr hat sowohl die deutsche Industrie wie auch der Arbeitsminister erkannt und daher wird er versuchen, auch die einzelnen Gesetzestexte der Länder in der Arbeitszeitfrage in Uebereinstimmung zu bringen. Das wird jedoch in absehbarer Zeit kaum gelingen, denn die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sind in jedem Lande ganz verschieden gelagert und die Arbeitsbedingungen sind so verschieden, daß eine völlige internationale Uebereinstimmung in der Arbeitszeitgesetzgebung nicht möglich ist. Dazu kommen die grundverschiedenen wirtschaftspolitischen Auffassungen der einzelnen Regierungen und vor allem die Wirtschaftskonkurrenz der Länder untereinander.

In Frankreich scheinen sich die wichtigen politischen Entscheidungen grundsätzlich nachts abzuplayen: morgens um 7 Uhr wurde Herr Briand gestürzt, nachts um 2 Uhr ist er zum Präsidenten gegangen und hat sich seine endgültige Ministerliste beglaubigen lassen. Sie weist einige neue Namen auf. Vor allen Dingen ist der Finanzminister ausgewechselt worden; anstelle des Herrn Doumer, der durch die Ablehnung der Zahlungsteuer tatsächlich verdrängt war, ist Herr Peret getreten, der ebenso wie Vauges und de Monzie mehr nach rechts orientiert ist. Im ganzen genommen hat man den Eindruck, daß es sich bei dem neuen Kabinetts-Briand um ein Verlegenheitskabinetts handelt. Die Liste hat bis zum letzten Augenblick geschwankt, d. h. die Persönlichkeiten fanden wohl fest, aber welche Ministerien sie bekommen würden, war noch unsicher. Da ist solange gewechselt worden, bis sie alle zufrieden waren. Herr Briand hat eben das Druckmittel gebraucht, daß er schleunigst nach Genf zurückmüsse und deswegen gezwungen sei, das Kabinetts-Hals über Kopf zu bilden. Eben unter diesem außenpolitischen Gesichtswinkel ist für den Augenblick auch die Zusammensetzung des Kabinetts zu verstehen. Ob es Aussicht auf Bestand hat, wird ganz von dem Ausgang der Genfer Konferenz abhängen. Herr Briand hat sich populär gemacht als einer der Väter des Locarno-Abkommens. Die bürgerliche Linke ist davon überzeugt gewesen, daß er im Augenblick als Außenminister nicht zu entbehren sei und weil tausend Menschen in Genf auf ihn warteten, hat er sich auch bereit erklärt, die Kabinettsbildung von neuem zu übernehmen, weil er derjenige war, der dieses Kunststück am schnellsten fertig brachte. Wenn aber Genf, was schon bei der Haltung Schwedens, aber auch bei der Einstellung der deutschen Delegation nicht anders zu erwarten ist, keinen vollen Erfolg für Frankreich erbringt und vornehmlich die Ambitionen in den Papierkorb versenken wird, dann ist es unvernünftig, daß damit auch schon ein Schatten auf das neue Kabinetts fällt und seine Fortstellung vor der Kammer sich nicht unter sehr günstigen Auspizien vollzieht. Die Lösung des Finanzproblems ist jedenfalls vorläufig durch die Lösung der Kabinettskrise in keiner Weise gefördert. Frankreich steht und fällt aber mit der Möglichkeit, durch Steuern neues Geld zu schaffen, sonst geht die Inflation hoffnungslos weiter. Ruffi hat die Kammer daher nicht auf den Mut zur Unpopularität auf sich zu nehmen und dem neuen Kabinetts die Mittel zu bewilligen, die sie dem früheren verweigerte, dann wird Briand nach wenigen Wochen schon wieder abgewirtschaftet haben und dann dürfte er vermutlich endgültig genug daran haben, sich zu der Ruffi herzugeben, wohin mangelndes Verantwortlichkeitsgefühl sich verfliehen kann.

Die Entscheidungskämpfe in China sind im Gange. Tchangkaifeng schiebt von Norden seine Truppen immer weiter gegen Tientsin vor und Li Ching Lin bedroht die Stadt bereits von Süden. Wupeifu steht kurz vor Peking. Fong Yu Siang, der noch immer Peking und Tientsin beherrscht, scheint nicht in der Lage zu sein, militärischen Widerstand leisten zu können. Man nimmt daher an, daß er eine friedliche Verständigung mit den anrückenden Generalen zu erzielen suchen wird. Die Umbildung der Peking Zentralregierung scheint auf seinen Einfluß zurückzuführen zu sein, denn sein politischer Einfluß in Peking ist noch immer sehr stark und wird auch sobald nicht zu verringern sein. Fong ist und bleibt ein sehr wichtiger Faktor in der chinesischen Politik und verfügt über großen Einfluß im Lande, auch wenn er gegenwärtig über keine Armee verfügt, die denen seiner Gegner ebenbürtig ist. Wahrscheinlich wird es aber zwischen ihm und den anderen Machthabern zu einer Verständigung kommen, sobald sein Einfluß auch weiterhin gesichert erscheint.

Die Erörterungen unseres Reichstages über der neuen Männer Reinhold und Kästners sachliche Reformprogramm begegnen in der Öffentlichkeit geringem Interesse. Das wird dauernd stärker in Anspruch genommen, durch die Schachzüge der Fraktionen in der Frage der Fürstenabfindungen. Ueber die Richtlinien eines Kompromisses ist unter denen der Mitte eine Verständigung erzielt, welche auch die Zustimmung der Regierung gefunden hat. Aber der Abschluß kommt bereits verspätet. Man hätte nicht warten dürfen, bis die Listen des Volksbegehrens ausgelegt wurden.

Vor der Entscheidung in Genf

Die Freitag-Sitzung der Rheinpaktteilnehmer

Genf, 12. März. Die Sitzung der Rheinpaktteilnehmer wurde um 1.30 Uhr nachmittags geschlossen. Wie der Sonderberichterstatter des WTB. erfährt, hat sie ein Ergebnis das zu irgend einer Veränderung des deutschen Standpunktes geführt hätte, nicht gehabt. Es wurden verschiedene Lösungsvorschläge vorgeschlagen, die die einzelnen Delegationen zum Gegenstand von Erwägungen zu machen wünschten. Ein Zeitpunkt des Wiederaufnahmestritts ist nicht vereinbart worden.

Wie die schweizerische Depeschengeneratur meldet, hielten die deutschen Vertreter bei der heutigen Besprechung mit der französischen Delegation an dem Standpunkt fest, daß in dieser Session nur Deutschland in den Völkerbund aufgenommen sei und daß Deutschland zurzeit keine Verpflichtungen in Bezug auf seine Zustimmung zu einer späteren Erweiterung des Völkerbundes abgeben könne. Sie seien bereit, die Fragen später zu prüfen, können aber jetzt keine formellen Bindungen eingehen. Briand erklärte nach der Besprechung, daß die versöhnliche Aktion Frankreichs nach allen Richtungen hin geltend gemacht würde und daß nicht außer Acht gelassen werden dürfe, daß der Locarnopakt durch Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund im Kraft gesetzt werde.

Beizands Vorschläge

Genf, 12. März. Ueber die Vorschläge, die Briand in der Donnerstag-Ratsitzung gemacht hat, weiß das „Journal de Geneve“ folgendes zu berichten: Briand habe die Anshawung vertreten, daß die ganze Frage der Erweiterung des Rates auf den September verschoben werden müsse. Spanien und Brasilien müßten bereits jetzt bestimmte Zusicherungen gemacht werden, daß sie im Herbst ständige Ratsitze erhalten würden, während für Polen sofort ein nichtständiger Ratsitz geschaffen werden müsse. Dieser Vorschlag Briands sei an dem Widerstand des schwedischen Außenministers Anden gescheitert.

Zurückhaltung der deutschen Delegation

Genf, 12. März. In den Kreisen der deutschen Delegation wird die Lage nach wie vor mit harter Zurückhaltung und kühl beurteilt. In deutschen Delegationskreisen besteht ansehender nicht die Absicht, durch einen übereilt gefaßten Entschluß die in Fluß befindlichen Verhandlungen zu fördern und so das Obdium auf sich zu laden, zum Scheitern der Genfer Verhandlungen beigetragen zu haben.

Am Freitag Abend

Genf, 12. März. Am Freitag Abend dauerten die Besprechungen über die Lösungsmöglichkeiten innerhalb der einzelnen Delegationen an. Von deutscher Seite wird das Gerücht dementiert, daß die Deutschen ein Kompromiß schließen wollen. Es handle sich deutscherseits um Wahrung eines Prinzip und nicht um Interessen oder Rücksichtnahme auf irgend eine Macht oder zugunsten irgend eines Anspruchs.

Neues vom Tage.

Die Provinz Honan von Wu Pei Fu erobert

London, 12. März. Wu Pei Fu hat die Provinz Honan fast vollständig erobert. Der Rest der Nationalarmee in der Provinz Honan ist geschlagen und umzingelt worden. Der Gouverneur der Provinz wurde ermordet. Das Taku-Forts an der Mündung des Peiho wurde durch das zweifache Bombardement Tchang Tso Lins fast vollständig zerstört. Bei der Beschießung, die sehr heftig war, wurde eine große Anzahl Menschen getötet. Ein Teil der Zerstörung ist durch die nach der Beschießung entstandene Feuerbrunst verursacht worden. Ein Landungsversuch der Verbündeten schlug jedoch fehl. 2000 Mann, die in der Nähe von Taku landeten, wurden von Jengo Truppen gefangen genommen.

Einschränkung des Personenzugverkehrs.

Berlin, 13. März. Das „Berliner Tageblatt“ will erfahren haben, daß infolge der hinter dem Vorjahr erheblich zurückbleibenden Zahl der Reisenden vom 15. April ab mit einer Einschränkung des Personenzugverkehrs zu rechnen sein dürfte.

Ankunft des Reichsarbeitsministers in London.

London, 13. März. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns traf gestern Abend mit der deutschen Delegation zur Arbeitszeitkonferenz hier ein. Auf dem Bahnhof hatten sich zur Begrüßung der deutsche Botschafter Stamer und als Vertreter des Arbeitsministers Sir Horace Wilson eingefunden. Arbeitsminister Steel Kaitland war wegen des kürzlichen Automobilunfalls am Erscheinen verhindert.

Mehrstündige Kämpfe in Syrien.

Paris, 13. März. Wie Havas aus Beirut berichtet, ist eine französische Abteilung, die von Damaskus ausgerückt war, um einige Posten zu verproviantieren, von einer großen Anzahl Aufständischen bei Kaber-el-Sit angegriffen worden. Nach mehrstündigem Kampf mußten die Angreifer sich zurückziehen unter Zurücklassung von 12 Toten. Auf französischer Seite betrug der Verlust 2 Tote und 13 Verwundete.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 13. März 1926.

Ämtliches. Mit Ablauf dieses Monats tritt Oberforstmeister Kienzie in Freudenstadt in den bleibenden Ruhestand.

Die Platzfrage in Altensteig hat in der gestrigen Gemeinderatssitzung ihre Erledigung gefunden mit dem Ergebnis, daß der Gemeinderat mit 8 gegen 5 Stimmen sich für die Ausführung des Kronenprojekts aussprach. Dieser Entscheidung ging eine heftige Agitation voraus, bei welcher leider mit so viel gemeinen Lügen und Verdächtigungen gearbeitet wurde, daß es wahrhaft eine Schande ist.

Gemeinderatssitzung vom 12. März. Anwesend: Alle. Den Hauptpunkt der heutigen Tagesordnung bildete die Platzfrage für den Posthausneubau. Vom Vorsitzenden werden die in der Sache erwachsenen Älten und das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen, zurückgehend bis zu dem im Jahre 1918 getätigten Kronenanwiesensverkauf bekannt gegeben, nachdem zuvor durch Mehrheitsbeschluß die öffentliche Behandlung des Gegenstandes genehmigt war. Eine größere Anzahl Zuhörer, Anhänger beider Projekte, waren anwesend. Entsprechend der vorangegangenen Agitationen, bei denen bedauerlicherweise der Boden der Sachlichkeit verlassen wurde, um einer maßlos persönlichen und verleumderischen Heße Platz zu machen, war auch die Debatte im Gemeinderat eine sehr ausgiebige und heftige. Der springende Punkt der Verhandlung war, ob es im öffentlichen Interesse liegt, daß nach den heute gegebenen Verhältnissen der Kronenplatz als Posthausplatz beizubehalten oder ob einem Vorschlag, das vorläufig angekaufte Linden- und Dürsche Anwesen zwecks Erhaltung der Post auf dem zentral gelegenen Marktplatz und zwecks Wiederherstellung des verunzierten Stadtbilds im Tausch gegen das Kronenanwesen der Reichspost als Bauplatz anzubieten, der Vorzug zu geben ist. Für den Kronenanwiesensverkauf zeichnete die Stadt im Jahre 1918 Mark 15 000 Beitrag. Die Wertsdifferenz zwischen Krone und Marktplatzareal beträgt RM. 19 000, wovon RM. 9 000 durch die Marktplatzinteressenten aufgebracht und weitere RM. 5 000 erst durch die Post übernommen worden wären, so daß die Stadt RM. 5 000 zuzüglich der Kaufkosten und der Kosten der vorfristmäßigen Herstellung des freien Vorplatzes vor dem Lindenanwesen zu tragen hätte. Nach annähernd zweistündigen Beratungen wurde der Antrag Walz, der folgendermaßen formuliert war:

„Unter der Voraussetzung, daß die Oberpostdirektion auf den Lindenplatz zu bauen sich entschließt, zur Verhütung der Gemüter die Entscheidung möglichst innerhalb acht Tagen fällt und die an die Abgabe des Platzes geknüpften Bedingungen (I. Ziff. 3 hernach) anzunehmen bereit ist,

1. zu konstatieren, daß sich Karl Kaltenbach jr. mit der mündlich besprochenen, auf dem Plan skizzierten Grenze unterschrittlich einverstanden erklärt hat;
2. die beiden Kaufverträge Kaltenbach und Dürr zu genehmigen;

3. die aus den Verträgen zu Ziff. 2 sich ergebende Areal samt Dürschen Gebäude der Reichspostverwaltung Zug um Zug gegen das Kronenanwesen und gegen eine Draufzahlung von RM. 5 000 seitens der Post, die am Tage der Auflassung zu bewirken ist, abzutreten, dabei davon ausgehend, daß auf den beim Abschluß des Kronenkaufvertrags im Jahre 1918 vereinbarten städtischen Beitrag von Mark 15 000 resp. auf eine Aufwertung dieses Beitrags endgültig verzichtet wird;

4. das Kronenanwesen zu RM. 30 000 anzuschlagen und die nach Berücksichtigung der in Ziff. 3 genannten, von der Reichspostverwaltung zu übernehmenden RM. 5 000 noch verbleibende Minusdifferenz zwischen dem Wert des Kronenanwesens und dem Lindenareal mit Dürschem Anwesen in Höhe von restlichen RM. 14 000 dadurch auszugleichen, daß die Stadt mit Rücksicht auf die Erhaltung der Post auf dem zentral gelegenen Marktplatz und auf die Wiederherstellung des durch den Abbruch der Linde notgelittenen Stadtbilds neben Uebernahme der entstehenden Kaufkosten RM. 5 000 übernimmt, während der Rest von RM. 9 000 von den direkt Interessierten garantiert ist;

5. wegen ganzen oder teilweisen Verkaufs des Kronenanwesens mit dem früheren Eigentümer Zeitlös und wenn dieser nicht Liebhaber wäre, mit anderen Interessenten ev. im Wege der öffentlichen Versteigerung in Unterhandlung zu treten.“

in namentlicher Abstimmung mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt. Damit war die Angelegenheit zu Gunsten des Kronenplatzprojekts entschieden.

Nach erfolgtem Vortrag des städt. Forstmeisters wurde ein Stangenverkauf vom 26. Februar mit einem Erlös von 5534 RM., gleich 84 Proz. der neuen Forstpreise und zwei Stammholzerlöse mit 667,6 Fm und 1145 Fm. und einem Erlös von RM. 14 044 und RM. 30 044, gleich 118,1 bzw. 121,3 Prozent der Forstpreise genehmigt. — Bei der in geheimer Abstimmung vorgenommenen, auf die drei Jahre 1926 bis 1928 gültigen Wahl der Amtsoberamtsabgeordneten wurden gewählt: als ordentl. Mitglieder: Stadtschultheiß Welter, Gemeinderäte Walz, Schneider, Brenner, Bähler, ferner Stadtmundarzt Vogel und Privatmann Dietrich; als Stellvertreter: Louis Beck, Gerber und Gemeinderat Zimmermann. — Kenntnis genommen wird von der oberamtlichen Bestätigung des Obersekretärs Krapf zum Stadtschultheißenamtsverweser, ebenso von der Zuteilung der Diakonin Rosine Leibfried als Krankenschwester. — In nichtöffentlicher Sitzung wird der Schulden Tilgungsplan für die Auslandsanleihe aufgestellt.

Wz.

Gemeindebestimmungsrecht. Morgen soll in Altensteig eine Sammlung von Unterschriften für das Gemeindebestimmungsrecht stattfinden, wie das in den kommenden Wochen für ganz Deutschland geplant ist. Ein Kultur, der alles Nähere darüber enthält, ist dem Tannenblatt hier beigelegt und wird jedermann zur Beachtung empfohlen. Es handelt sich nicht etwa um die „Trodenlegung“ Deutschlands, das wird ausdrücklich abgelehnt, sondern lediglich darum, daß die einzelnen Gemeinden durch ein Reichsgesetz das Recht bekommen sollen, für ihren Gemeindebezirk zu bestimmen, daß die Zahl der vorhandenen Wirtschaften nicht vermehrt werden soll und daß erloschene Konzessionen nicht erneuert werden dürfen. Hält es eine Gemeinde für zweckmäßig und durchführbar, soll ihr auch noch das Recht zustehen, die Polizeistunde herabzusetzen und äußersten Falles den Ausschank namentl. von Branntwein zu verbieten. — Selbstverständlich wird durch die Unterschriften gar nichts entschieden; die nähere Gestaltung des Gesetzes ist durchaus vorbehalten; die Entscheidung darüber hat der Reichstag. Auch soll dem wohlverordneten Recht von niemand zu nahe getreten werden; die Gastwirte haben doch schließlich selber ein Interesse daran, daß die Wirtschaften nicht mehr werden, sondern weniger. — Eine Versammlung von Männern und Frauen aus allen Kreisen der hiesigen Gemeinde hat sich am Freitag Abend nach gründlicher Besprechung der in Betracht kommenden verschiedenartigen Gesichtspunkte mit der Unterschriftensammlung einverstanden erklärt. Mit besonderem Nachdruck wurde dabei betont, daß der Verpflichtung der Gemeinden, für die Armenlast aufzukommen, die aus dem Alkoholmißbrauch hervorgeht, die Verechtigung der Gemeinden gegenüberstehen sollte, in dieser Sache je nach ihrem Bedürfnis regelnd einzugreifen. So mag sich denn jedermann für oder gegen das Gemeindebestimmungsrecht aussprechen. Wer dafür ist, soll unterschreiben, aber nur, wer über 20 Jahre alt ist und wahlberechtigt ist.

Klage der Reichspost. Rund 150 000 Briefsendungen können täglich bei den großen Postämtern wegen ungenügender Anschrift bei dem ersten Zustellversuch nicht zugestellt werden. Ueber 40 000 hiervon müssen zurückgeschickt werden, weil die Ermittlung aus Grund von Adreßbüchern, durch Nachfragen usw. trotz aller Mühe nicht gelingt, und viele Tausende von diesen Sendungen fallen sogar der Vernichtung anheim, weil auch der Absender wegen fehlender oder mangelhafter Angaben nicht zu ermitteln ist. Es liegt also im Interesse jedes Einzelnen, Briefe richtig zu adressieren und den richtigen Absender genau beizufügen.

Vermehrung der durchfahrenden Züge Karlsruhe—Stuttgart. In der Handelskammer Pforzheim fand eine Fahrplandebatsche zwischen den Vertretern der Reichsbahndirektion Karlsruhe und den hiesigen Verkehrsinteressen statt. Dabei wurde u. a. auch die Vermehrung der durchfahrenden Züge zwischen Karlsruhe und Stuttgart besprochen. Der morgens 7.37 Uhr in Stuttgart abgehende beschleunigte Personenzug soll durchgehend geführt werden,

ferner der Spitzzug von Karlsruhe, der in Pforzheim um 11.56 Uhr ankommt, an Sonntagen und Festtagen bis Mühlacker. Die direkten Wagen sollen vermehrt werden und vor allem soll der Verkehr mit der Pfalz verbessert werden.

Vom Württ. Lehrerverein. Der Württ. Lehrerverein hält am Ostermontag, 5. April im Vortragsaal des Württ. Landesgewerbemuseums in Stuttgart einen Vortragsabend dem sich am Dienstag, 6. April im großen Saal des Stieglhauses die diesjährige Hauptversammlung des Vereins anschließt. In deren Mittelpunkt steht ein Vortrag von Universitätsprofessors Dr. Koch-Tübingen über „Theorie und Praxis der Pädagogik“, sowie ein weiterer Vortrag von Hauptlehrer Schöffler-Stuttgart über „Schule und Leben“.

Wiederbelebung „runder“ Schulstellen. Der Württ. Lehrerverein und der Kath. Lehrerverein haben gemeinsam in einer Eingabe an das Kultusministerium um die Wiederbelebung „runder“ Schulstellen nachgesucht und zur Begründung der Eingabe u. a. ausgeführt: Im ganzen Lande, besonders in den größeren Gemeinden ist das Anwachsen der Schülerzahl festgesetzt. Der Ueberschuß an Grundschulern läßt sich in den vorhandenen Grundschulklassen nicht unterbringen; die gesetzliche Höchstschülerzahl würde bei diesen Klassen ein Hindernis bilden, aber auch eine Anfüllung von Klassen bis zur gesetzlich gestatteten Höchstschülerzahl muß aus pädagogischen Gründen vermieden werden. Eine Zusammenlegung von Klassen des 5. bis 7. bzw. 8. Schuljahres, um dadurch Klassen für das erste Schuljahr neu zu gewinnen, würde schwersten Bedenken begegnen. Abhilfe kann nur geschaffen werden durch Wiederbelebung eines Teils der 790 „ruhenden“ Stellen.

Gegen die Verlängerung des Besoldungsgesetzes. Der Abg. Scheer hat an die württ. Regierung folgende kleine Anfrage gerichtet: „Der württ. Landtag hat sich am 20. Febr. 1925 mit Entschiedenheit gegen die Verlängerung des Besoldungsgesetzes ausgesprochen. Dem Vernehmen nach bestehen Bestrebungen, eine weitere Verlängerung um 1 Jahr herbeizuführen. Ist das Staatsministerium bereit, a) jeden Versuch der Verlängerung der Geltungsdauer des Besoldungsgesetzes über den 1. April 1926 hinaus oder der Ersetzung des Gesetzes durch ein ähnliches Gesetz im Reichsrat entgegenzutreten; b) zur Vermeidung unnötiger Verwaltungsarbeiten und Kosten die Einstellung der noch schwebenden Schiedsgerichtsverfahren zu verlangen?“

Calw, 12. März. Die Erweiterung des städt. Elektrizitätswerks beschäftigte gestern den Gemeinderat. Im letzten Jahr hat der Stromabstoß um 20 Prozent zugenommen; die Entwicklung schreitet immer fort. Die Steigerung des Verbrauchs ist aber nicht der Grund zur Erweiterung, sondern die Beschaffung einer Reserve, damit das Werk auch in kritischen Zeiten allen Anforderungen gewachsen ist. Vor zwei Jahren wurde ein zweiter, großer Dieselmotor angeschafft, der sich sehr gut bewährt hat. Durch diesen Dieselmotor und durch die Wasserkraft ist es möglich, daß das Werk normalerweise alle Bedingungen erfüllt. Das tägliche Erzeugnis kann bis zu 276 KW. gesteigert werden, der tägliche Verbrauch stellt sich in den Monaten der Höchstabnahme auf etwa 180 KW. Zur Zeit ist also eine genügende Reserve vorhanden. Die Leitung der technischen Werke stellt aber doch den Antrag auf Erweiterung des Werks, um bei Versagen des großen Dieselmotors auf alle Fälle gerüstet zu sein. Die Erweiterung würde sich wohl in Verbindung mit dem Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach vollziehen. Die Kosten sind zu 45—65 000 Mark geschätzt. Diese Reserve würden in normalen Zeiten leer stehen und mit Zins und Amortisation das Werk stark belasten. Der Zuschuß, den das Werk an die Stadtkasse abliefern soll, könnte dadurch verzögert oder stark beeinträchtigt werden. So erwünscht die Schaffung einer Reserve wäre, so wenig gestatten die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse eine so große Gelb Ausgabe. Der Gemeinderat beschloß deshalb die Entscheidung zunächst auf ein Jahr zurückzustellen, die Entwicklung der Sammelstienen AG. abzuwarten, und für heuer nur die Batterie mit 10 500 Mark neu wiederherstellen zu lassen. — Ein großer Andrang zu den höheren Schulen ist wie anderwärts auch hier zu verzeichnen. In die erste Klasse treten so viele Schüler ein, daß die Klasse geteilt und eine weitere seminaristische Hilfslehrerstelle errichtet werden muß. Damit ist die Zahl der Lehrer wie vor dem Abbau im Jahr 1924 wieder erreicht. Die 7. Klasse wird heuer in dem Realprogymnasium und der Realschule weiter geführt. In der nächsten Woche machen die Schüler der 6. Klasse in Wildbad, Reutenbürg und Leonsberg in Anwesenheit eines Prüfungskommissärs von der Ministerialabteilung für höhere Schulen die mündliche Prüfung für die Schlußprüfung. — Bei der Vergebung des städt. Fuhrwesens auf das Sommerhalbjahr waren zwei Angebote eingelaufen; das eine forderte 250 Mark für ein Fuhrwerk mit 2 Pferden in einer Stunde, das andere 2 Mark. Das billigste Angebot fand keine Berücksichtigung. Am 30. Mai findet das Bezirksfeuerwehrgesetz hier statt; tags darauf soll dann das Kinderfest abgehalten werden. — Bei dem städt. Brennholzverkauf wurden 28 Raummeter Hartholz und 177 Km. Nadelholz gesteuert. Der Anschlag betrug 2256 Mark, der Erlös 3380 Mark, gleich 150 Prozent. — Die Gärtnervereinigung erhielt zur Abhaltung eines Vortrags mit Lichtbildern über Blumenzucht an Häusern einen Betrag von 25 Mark, da der Vortrag für jedermann unentgeltlich zugänglich ist. — Den hiesigen Bienenzüchtern werden um mäßigen Preis einige städtische Grundstücke zur Anlegung einer Bienenweide überlassen. Durch noch weitere Pachtungen ist es den Bienenzüchtern möglich, 5 Morgen Feld mit Boretzsch und Klee anzusäen.



Sonntag Abend 7/8 Uhr Passions-Andacht

in der Methodisten-Kapelle.
(Redner Prediger E. Boettcher)
Jedermann freundlich eingeladen!

Fritz Böhler jr.

Altensteig
empfiehlt an

Lebensmitteln in frischer Ware

bei billigsten Preisen:

- | | |
|--------------------------------------|----------------------------------|
| Leigwaren | Emmentaler Käse |
| Erbsen und Linsen | am Leib u. in Dosen |
| Weizengries | Salatöl <small>extrafein</small> |
| Gerste, Sago | Margarine |
| Zafelreis | Cocostett |
| Grüntermehl | Schweineschmalz |
| Haferflocken | Zafelsalz, Küchenalz |
| Maggi-Suppenwürfel | <small>in Paketen</small> |
| Schokolade u. Kakao | Speisewiebeln |
| Kaffee, Tee | Knoblauch |
| Bonbons | ff. Zafelstf |
| Gewürze <small>zum Schichten</small> | fämtliche Badartikel |
| ff. Alg. Stangenkäse | Suder aller Art. |
- Klee-, Gras- und Gartenjamen.

Alle Mütter

sollten ihren Kindern recht bald die echte u. wohlschmeckende „Dr. Söldan's Kraft-Lebertran-Emulsion“ geben. Kranke u. schwache Kinder werden groß u. stark, gesunde bleiben beschützt vor Krankheit. Erhältlich in der

Drogerie Friz Schlumberger.

Gämtl. Bücher

für Latein- und Realschule sowie für Volksschulen

liefert zu vorgeschriebenen Preisen und bitte bei Bedarf um Berücksichtigung.

B. Rohler, Buchbinder

Altensteig.

Simmersfeld.

Der verehrl. E n w o h n e r s c h a f t v o n h i e r u n d U m g e b u n g b r i n g e i c h m e i n g u t s o r t i e r t e s

Lager in Schuhwaren

aller Art

in empfehlende Erinnerung Auch zu

Mass- und Reparaturarbeiten

halte ich mich bei billigster Berechnung bestens empfohlen.

Joh. Gg. Wurster, Schuhmacher

Wertbeständige Spareinlagen u. Depositen Scheck- und Ueberweisungsverkehr

Städt. Sparkasse Altensteig

unter Haftung der Stadtgemeinde Altensteig
gegründet 1836.

Fernsprecher 58

Postscheckkonto 3695 Stuttgart

Darlehen | Effekten-Sorten u. Devisen-Vermittlung
Kredite in laufender Rechnung | Haus- und Sparkassen
Zeitgemäße Verzinsung; aufmerksame, verschwiegene Bedienung.

Sonntag, den 14. März,
2 Uhr und 7 1/2 Uhr

Bibelstunde

im Gemeindehause
(Herr Inspektor Luz)

Stenographiekurs

(Einheitsstenographie).
Anmeldungen b. heute Abend
Kursgeld einschließlich sämtl.
Lernmaterial M 8.—
Schittler.

Einem ehrlichen, kräftigen
J u n g e n , der das Drehger-
handwerk gründlich erlernen
will, bietet sich

Lehrstelle

bei Dürrschnebel z. Adler,
Altensteig.

Altensteig.

1 Morgen

Adler

in der Turnersteige verpachtet
Hermann Kaltbach Bwe.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag Latare, 14. März,
Vormittagsgottesdienst 10
Uhr mit Predigt über Col.
3, 18 bis 4, 1 vom christ-
lichen Haus. Lied 460, 458.

Nachher Kindergottesdienst.
Nachm. 7/2 Uhr Christen-
lehre mit den Söhnen.

Nachm. 2 Uhr und Abends
8 Uhr Bibelkurs im Ge-
meindehaus.

Am Mittwoch Abend 8 Uhr
Bibelstunde im Luthersaal.
Am Freitag abends 8 Uhr
Frauenabend im Luthersaal.

Methodisten-Gemeinde.

Sonntag, den 14. März 1926,
vormittags 7/2 10 Uhr
Predigtgottesdienst, vorm.
11 Uhr Sonntagsschule,
abends 8 Uhr Passions-
Andacht.

Mittwoch, den 17. März,
abends 8 Uhr Bibel- und
Gebetsstunde.

Lorenz Luz jr. Altensteig

empfiehlt zur kommenden Verbrauchszeit

4- u. 6 kant. Drahtgeflechte

Spaten
Rechen
Gartenhäule



Stacheldraht
Spanndraht
Stahlkrampen

Drahtstifte usw. in reicher Auswahl
bei mäßigen Preisen.

Lohnende Fabrikvertretung

Weltbekannte erste Spezialfabrik
vergift noch Vertretungen an Landmaschinen-
Händler, Elektromeister und andere Handwerksmeister oder
Geschäfte, die die Landkundschaft intensiv bearbeiten sollen. Geboten
wird eine reiche Auswahl erstklassiger, leichtverkäuflicher Maschinen
und weitgehendste Reklameunterstützung. Auf Wunsch Lieferung
gegen kleinste Teilzahlung. Kapital und Kautions nicht erforderlich.
Gefl. Anfragen unter B. N. 40 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Altensteig.

Eine hochträgliche oder
neumelkige

Ziege



verkauft
Johannes Nag.

Egenhansen.

Eine

Auß- und Schaff tub



setzt dem Verkauf aus
Zimmermann Kalmbach.

Guterhaltener

Rindertwagen

hat zu verkaufen.
Auskunft durch d. Geschäfts-
stelle.

Gestorbene.

Waiblingen: Immanuel Per-
zog, Gerbereibesitzer, 72 J.,
Schlaganfall.

Empfehle:

1a Spezial Mullmehl

Brotmehl, Futtermehl, Brennmalz

Weizpuckermehl, Teinmehl

Corfmelasse, Futtergerste,

Gerstenschrot,

La Plata-Hafer, Plata-Mais

und Weismehl

Ferner bringe mein

Weinlager



in empfehlende Erinnerung.

M. Schnierle, Altensteig.

Deutschland-Fahrräder

Beste Qualitätsmarke direkt ab Fabrik
Nähmaschinen, Uhren, Waffen
Fahrrad-Fabrik
AUGUST STUKENBROK, EINBECK 16
Größtes Fahrradhaus Deutschlands
Sportartikel aller Art. Preisliste kostenfrei

